

Protokoll DV 2.2025/26

vom Mittwoch, dem 18. März 2026,

19.30 – 21.05 Uhr, Coop Tagungszentrum, MuttENZ

von Roger von Wartburg

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmenzähler

Philipp Loretz heisst die Anwesenden willkommen und begrüsst speziell Bildungsdirektor Markus Eigenmann, AVS-Leiter Beat Lüthy, anwesende Landratsmitglieder sowie die LVB-Ehrenmitglieder Gabriele Zückert und Christine Weiss.

Als Stimmenzähler werden Philippe Peter und Walter Widmer in stiller Wahl gewählt.

Die Traktandenliste wird mit der Ergänzung einer zusätzlichen Statutenanpassung von § 31 (Traktandum 3) genehmigt.

Statutarische Geschäfte

Stimmberechtigt sind die Delegierten.

2. Protokoll der DV/MV vom 17. September 2025

Ph. Loretz dankt R. von Wartburg speziell für das lebendige Einfangen der Verabschiedung von Bildungsdirektorin Monica Gschwind.

Das Protokoll wird ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen genehmigt und dem Verfasser verdankt.

3. Statutenanpassungen § 31 und § 37

B. Hänni tritt ans Mikrofon und erläutert die Anpassungen. Bei § 31 gehe es lediglich darum, die Statuten der Vereinsrealität anzupassen. Da es im LVB das Amt des Aktuarin resp. des Aktuars nicht mehr gibt, sei der Paragraph entsprechend anzupassen.

bisherige Formulierung:

31. Fälligkeit und Inkasso
31.1 Alle Beiträge werden per 1. Oktober des Geschäftsjahres fällig. Das Inkasso erfolgt zentral nach LVB-Auf-

**LVB-Delegierte: total 105, anwesend 60
weitere anwesende Mitglieder ca. 40
Vorsitz: Philipp Loretz**

Traktanden:

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmenzähler

Statutarische Geschäfte

2. Protokoll der DV/MV vom 17. September 2025

3. Statutenanpassungen § 31 und § 37

4. Wahl der LCH-Delegierten des LVB für die Amtsperiode 2026-2030

5. Wahl des LVB-Kantonalvorstands für die Amtsperiode 2026-2030

6. Wahl des LVB-Präsidiums für die Amtsperiode 2026-2030

Berufspolitische Geschäfte

7. Podium mit dem neuen Bildungsdirektor Markus Eigenmann

trag. Beitragsfreie Mitglieder erhalten ihren Ausweis direkt vom Aktuar bzw. der Aktuarin.

neue Formulierung:

31. Fälligkeit und Inkasso
31.1 Alle Beiträge werden per 1. Oktober des Geschäftsjahres fällig. Das Inkasso erfolgt zentral nach LVB-Auftrag.

Die Änderung wird ohne Wortmeldungen einstimmig angenommen.

Zu § 37 ergehen folgende Erläuterungen: Der LVB hat seine Jahresrechnung bis anhin im Rahmen einer ordentlichen Revision prüfen lassen. Angesichts der Vereinsgrösse und -struktur ist eine eingeschränkte Revision ab dem Geschäftsjahr 2026/27 die verhältnismässige Lösung. Sie stellt weiterhin eine unabhängige ex-

terne Prüfung der Jahresrechnung sicher, jedoch mit einem Umfang und Kostenrahmen, der dem Risikoprofil und der Vereinsrealität besser entspricht. Die frei werdenden Mittel können gezielter für den eigentlichen Vereinszweck zugunsten der Mitglieder eingesetzt werden. Die Revisionsstelle soll neu jährlich durch die DV gewählt werden, was die Transparenz und demokratische Legitimation zusätzlich stärkt.

bisherige Formulierung:

37. Revisorat

37.1 Die Revision der LVB-Rechnungen wird durch eine externe Revisionsstelle durchgeführt. Diese wird vom KV auf Antrag der GL auf eine Amtsperiode bestimmt.

37.2 Die Revisionsstelle kann von der Finanzverwaltung auch konsultativ beansprucht werden.



neue Formulierung:

37. Revisorat

37.1 Die Jahresrechnung des LVB wird durch eine externe Revisionsstelle im Rahmen einer eingeschränkten Revision geprüft. Die Revisionsstelle wird von der Delegiertenversammlung (DV) jeweils für ein Jahr gewählt. Eine Wiederwahl ist zulässig.

37.2 Die Revisionsstelle kann von der Finanzverwaltung bei Bedarf auch konsultativ beigezogen werden. Dies erfolgt ohne Ausweitung des Revisionsauftrags; die Unabhängigkeit der Revisionsstelle bleibt gewahrt.

Die Änderung wird ohne Wortmeldungen einstimmig angenommen.

4. Wahl der LCH-Delegierten des LVB für die Amtsperiode 2026-2030

Ph. Loretz bezeichnet das Amt der LCH-Delegierten als Schlüsselfunktion, weil diese u.a. bestimmen, wer den Dachverband LCH auf nationaler Ebene vertritt (Geschäftsleitung und leitende Mitarbeitende); zudem entscheiden sie über die verbandspolitischen Grundsätze, die Jahresrechnung, das Budget und die Jahresplanung.

Zur Wahl stellen sich die bisherigen LCH-Delegierten Henjo Göppert, Benjamin Hänni und Dennis Krüger sowie die beiden neuen Kandidierenden Christine Hadasch und Lukas Erni. Ph. Loretz bittet die anwesenden Kandidierenden, kurz aufzustehen.

Die LCH-Delegierten werden in globo einstimmig gewählt. Ph. Loretz gratuliert den Gewählten und freut sich auf die Zusammenarbeit.

5. Wahl des LVB-Kantonalvorstands für die Amtsperiode 2026-2030

Ph. Loretz ruft die wichtigsten Aufgaben des Kantonalvorstands in Erinnerung, der als eine Art «Verwaltungsrat» des LVB fungiere: Er berät und beschliesst laufende Verbandsgeschäfte, setzt Beschlüsse der DV um und entscheidet über Rechtsschutzfragen und -massnahmen zur Wahrung der Interessen der LVB-Mitglieder.

Da der GBL-Vertreter Michael Bürgin unlängst aus persönlichen Gründen seinen Rücktritt erklärt hat, tritt mit Matthias Herrmann eine neue GBL-Vertretung zur Wahl an. Weil M. Herrmann nicht persönlich anwesend

sein kann, erwähnt Ph. Loretz einige zentrale Punkte zu seiner Person: Er stammt ursprünglich aus der Region Winterthur, lebt heute in Olten und unterrichtet Chemie am Gymnasium Laufen. Vor seiner Laufbahn als Lehrer arbeitete in der Industrie.

Neben M. Herrmann stellen sich die folgenden Personen zur Wiederwahl: Blauboer Michèle, Chevrolet Mirjam, Da Zanche Nicole, Erni Lukas, Hänni Benjamin, Loppacher Martin, Loretz Philipp, Marbacher Adrian, Oser Isabella, Peter Philippe, Szabo Séverine, Thommen Sascha, von Wartburg Roger und Zuberbühler Rico. Die anwesenden Kandidierenden stehen auf.

Der LVB-Kantonalvorstand wird in globo einstimmig gewählt. Ph. Loretz gratuliert den Gewählten und zeigt sich motiviert hinsichtlich des weiteren Zusammenwirkens.

6. Wahl des LVB-Präsidiums für die Amtsperiode 2026-2030

R. von Wartburg übernimmt das Wort und sagt, er freue sich sehr darüber, diese Wahl durchführen zu dürfen. Wer schon länger beim LVB mit dabei sei, wisse wahrscheinlich, dass

Ph. Loretz 2022 das Amt des LVB-Präsidenten von R. von Wartburg übernommen habe. Spannenderweise sei Ph. Loretz zwar älter als sein Vorgänger, sehe aber jünger aus – doch darauf solle an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden.

Da sie schon seit vielen Jahren in der Geschäftsleitung sehr intensiv zusammenarbeiteten, kenne er Ph. Loretz bestens. Dieser sei mittlerweile nicht nur ein Kollege, sondern auch ein enger Freund geworden. Umso mehr freue es ihn, dass Ph. Loretz sich bereit erklärt habe, für eine zweite Amtsperiode zu kandidieren.

R. von Wartburg sagt, Ph. Loretz habe das LVB-Networking während seiner ersten Amtsperiode als Präsident auf ein neues Niveau gehoben, und zwar sowohl in die Politik als auch in andere Verbände und in die Wirtschaft hinein. Das sei beeindruckend, erfordere aber auch einen sehr grossen Aufwand. Zudem Sorge er für eine hohe Medienpräsenz des LVB, was wichtig sei für die Sicht- und Hörbarkeit des

Verbandes. Medienarbeit sei höchst anspruchsvoll und bedinge sorgfältige Vorarbeiten; Ph. Loretz tue dies sehr gewissenhaft und hole sich stets auch Einschätzungen von Personen ein, die zu gewissen Themen noch besser Bescheid wüssten als er. Trotz aller Bemühungen gingen im Anschluss an Medienauftritte oft unfaire, teils gar unflätige Feedbacks ein. Damit müsse man umgehen können, es koste aber auch Energie.

Ph. Loretz sei ein akribischer Arbeiter, der sich auf die Sitzungen in den vielen Gremien minutiös vorbereite. Er könne auch deshalb oft Einfluss nehmen, weil er schlicht besser vorbereitet auftrete als andere und nicht selten bereits konkrete Vorschläge mitbringe, die zuvor in der LVB-Geschäftsleitung erarbeitet wurden.

Was ihn besonders auszeichne, sei seine Hartnäckigkeit. Er gebe nicht auf, wenn ihm ein Thema am Herzen liege. Überdies verfüge er über eine gute Menschenkenntnis und sein Wissen über die versteckten Aussagen

hinter Mimik und Gestik helfe ihm in angeregten Diskussionen. R. von Wartburg bezeichnet Ph. Loretz als Glücksfall für den LVB und empfiehlt ihn uneingeschränkt und voller Überzeugung zur Wiederwahl. Die Anwesenden spenden Applaus für diese Wahlempfehlung.

Ph. Loretz wird einstimmig zum LVB-Präsidenten für die Amtsperiode 2026-2030 gewählt. R. von Wartburg gratuliert ihm unter lang anhaltenden Beifall zur Wiederwahl.

Ph. Loretz bedankt sich bei R. von Wartburg für die wertschätzenden Worte und bestätigt die erquickliche Zusammenarbeit mit ihm sowie den anderen Geschäftsleitungs- und Kantonalvorstandsmitgliedern.

M. Chevrolet vom Kantonalvorstand überreicht den Geschäftsleitungsmitgliedern ein kleines Präsent, was erneut mit Applaus quittiert wird.

Ph. Loretz betont die Wichtigkeit des gemeinsamen Arbeitens und Ringens



um gute Lösungen aller involvieren Kräfte zugunsten der Baselbieter Schulen. Während der Amtszeit von Bildungsdirektorin Monica Gschwind habe man hier ein wertvolles Fundament aufbauen können und er hoffe, dass es in ähnlichem Stil weitergehen werde.

Berufspolitische Geschäfte

7. Podium mit dem neuen Bildungsdirektor Markus Eigenmann

Roger von Wartburg (RvW) übernimmt die Moderation des Podiums mit Regierungsrat Markus Eigenmann (ME) und Philipp Loretz (PL). Nach einer kurzen Aufwärmrunde mit persönlich gefärbten Fragen aus dem durch den französischen Schriftsteller Marcel Proust berühmt gewordenen Fragebogen geht es zunächst um ME's Einstieg in das neue Amt. RvW möchte wissen, wie sein erster Tag im neuen Büro als Vorsteher der BKSD abgelaufen sei.

ME sagt, er habe auf Empfehlung seiner Kommunikationschefin bereits am allerersten Tag die Medien empfangen. Seine erste «Amtshandlung» habe darin bestanden, seine Qlocktwo-Uhr, die er bereits als Gemeindepräsident von Arlesheim besessen hatte, auspacken und in Betrieb zu nehmen, damit die Medienvertreter in seinem damals noch fast gänzlich leeren Büro doch ein Sujet vorgefunden hätten.

Auf RvW's Frage nach allfälligen Veränderungen des Büros im Vergleich zu Monica Gschwinds Zeiten sagt PL, er empfinde den Raum als luftiger; so habe die letzte Besprechung an einem höhenverstellbaren Tisch stattgefunden, stehend, nicht sitzend. Das habe ihm gefallen, denn er sei der Ansicht, man fälle die besten Entscheide beim Laufen, die zweitbesten im Stehen und die schlechtesten im Sitzen. ME ergänzt, er habe den Tisch von Monica Gschwind übernommen, er wolle sich nicht mit fremden Federn schmücken. Die von PL beschriebene Luftigkeit rühre wohl daher, dass er

ME die alten Vorhänge habe abnehmen lassen.

RvW erzählt, Monica Gschwind habe an ihrer Abschlussfeier im Dezember betont, die BKSD sei personell sehr gut aufgestellt. RvW möchte von ME wissen, wie er vorgehe, um sich einen Überblick und ein Bild von den vielen Mitarbeitenden in dieser grossen Direktion verschaffen zu können.

ME streicht heraus, dass die BKSD ca. 3000 Mitarbeitende umfasse, davon rund 500 in der Verwaltung. Für einen ersten kurzen Austausch habe er an seinem ersten Arbeitstag nach dem Medientermin alle Mitarbeitenden «im Haus» bei einem Kaffee und alle Dienststellenleitenden bei einem Zvieri getroffen. Er sei der Meinung, man sollte möglichst rasch alle Menschen, denen man täglich begegne, kennen, und die direkt Unterstellten seien die wichtigsten Ansprechpersonen bei der Umsetzung von Projekten. An besagtem Zvieri habe er den Dienststellenleitenden gesagt, die zweite Sitzung und auch die späteren würden nicht wieder in der BKSD, sondern jeweils in einer Dienststelle stattfinden. Die BKSD sei räumlich ja ziemlich zersplittert, was dahingehend ein Nachteil sei, dass man viele wichtige Bezugspersonen nicht immer in der Nähe habe. Deswegen wolle er die verschiedenen Dienststellen kennenlernen und auch den jeweiligen «Groove» vor Ort spüren. In der Zwischenzeit habe er fast alle Dienststellen bereits einmal besuchen können.

Darüber hinaus sei sich ME bewusst, dass ein Landrats- oder Regierungsgeschäft, das zu ihm komme, schon mehrfach durch Interpretationen, Korrekturen und Validierungen «gefiltert» worden sei; am Ende seien die Direktbetroffenen eigentlich nicht mehr involviert. Ihm sei der Kontakt zur Basis jedoch sehr wichtig, auch wenn dieser nicht immer repräsentativ sein könne, wenn man mit irgendjemandem aus der Schule X oder der Sportart Y spreche; dennoch gelte es herauszufinden, was die Menschen beschäftige und worin die Alltagspro-

bleme bestünden. Deswegen habe er die regelmässigen Schulbesuche, die Monica Gschwind sehr gepflegt hatte, ebenfalls von Anfang an eingeplant. Das Ziel sei ein Schulbesuch pro Monat. Natürlich besuche er auch Mitarbeitende und Arbeitsplätze der Bereiche Kultur und Sport. Gewisse Freiräume in den Sportferien habe er für Direktgespräche mit Personen genutzt, die sich an ihn gewandt hatten, so mit einem Sekundarlehrer und Verantwortlichen eines Theaters. Das sehe die Verwaltung nicht immer gerne, seine spontanen Gespräche würden manchmal ein wenig Nervosität auslösen, aber er halte das für wichtig, zumal er stets offenlege, was die Möglichkeiten eines solchen Gesprächs seien – und was nicht.

RvW möchte von PL wissen, welche Attribute er dem neuen Bildungsdirektor nach den ersten zweieinhalb Monaten im Amt zuschreibe. PL erwähnt als erstes die sehr schnelle Auffassungsgabe; ME habe sich innert kürzester Zeit in diverse anspruchsvolle Themen eingeleitet und dadurch von Beginn an Sitzungen des Bildungsrats souverän geleitet. Man spüre ME's Führungserfahrung auch durch die Art der Sitzungsleitung, die effizient sei; die Teilnehmenden könnten sich äussern und ME höre gut zu, er lege aber auch Wert auf ein Vorkommen und Sorge dafür, dass die anberaumte Sitzungszeit eingehalten werde. Höchst positiv angetan zeigt sich PL von der Art, wie ME auf die Menschen zugehe und jederzeit auch zu einem spontanen Austausch bereit sei. Bei einem Medienbericht von der «tunBasel» habe PL die Begeisterung des Ingenieurs ME durch das Mikrofon hindurch gehört; das sei Ausdruck von ME's Lebendigkeit, die man auf den ersten Blick vielleicht nicht so erwartet hätte. ME gehe zielgerichtet vor, analytisch und dynamisch. So dürfe es auf jeden Fall weitergehen.

RvW gibt nun ME seinerseits die Möglichkeit, seine ersten Eindrücke von PL zu erläutern. ME sagt, PL sei ein höchst aktiver Teilnehmer der Bildungsratssitzungen und tatsächlich, wie RvW in seiner Wahlempfehlung

erwähnt habe, immer sehr gut vorbereitet. Ganz allgemein erlebe er den LVB nicht als reine Arbeitnehmerorganisation, sondern als Institution, die sich mit sämtlichen Bildungsthemen auseinandersetze und Positionen dazu entwickle und vertrete. Der LVB sei mehr als eine Gewerkschaft und das merke man in den Sitzungen.

RvW hält fest, dass Monica Gschwind grossen Wert darauf gelegt habe, möglichst viele Anspruchsgruppen aus dem Bildungsbereich miteinzubeziehen; auch darum habe sie viele neue Gremien ins Leben gerufen während ihrer Amtszeit. Ob ME an diesem Grundsatz festhalten wolle oder ob er bereits Bereiche ausgemacht habe, wo es aus seiner Sicht Anpassungen brauche.

ME meint, er sei noch immer dabei, sich einen Überblick zu verschaffen. Es gebe einige wenige Gremien, die er noch nicht kennengelernt habe, weil sie nicht so häufig tagen würden. Er wolle sich in den Osterferien Zeit nehmen, um über allfällige Anpassungen nachzudenken, wobei er nicht das Bedürfnis habe, nach 77 Tagen im Amt eine grosse Reorganisation in die Wege zu leiten. Mit der bestehenden Organisation lasse sich gut arbeiten. Reorganisationen hätten den Nachteil, dass man sich dann ständig mit der Organisation, aber nicht mit den Inhalten beschäftige. Wichtig seien aber die Inhalte, um den Kanton voranzubringen. Auf die Verwaltung komme dann eine grosse Veränderung zu, wenn das berühmte neue Verwaltungsgebäude bezugsbereit sei. Dadurch werde die BKSD weitgehend in einem Gebäude zusammengefasst, was zwangsläufig Veränderungsprozesse und einen Kulturwandel auslösen werde, weg von den einzelnen Dienststellen an ihren jeweiligen Standorten, hin zu einem gemeinsamen Ganzen.

Als erstes spezifisches bildungspolitisches Thema leitet RvW zum Fremdsprachenunterricht über. Monica Gschwind hatte vor ihrem Abgang noch eine grosse Studie dazu in Auftrag gegeben. Gestritten wer-

de seit Jahren nicht nur, aber auch über den geeigneten Startzeitpunkt des Fremdsprachenunterrichts. Ob ME hierzu schon konkrete Vorstellungen habe, um den Gordischen Knoten durchtrennen zu können.

ME stellt fest, dass das Thema «Fremdsprachen» genau wie jenes des Verhältnisses zur PH FHNW oder der Finanzierung der Universität Basel, die alle während des Wahlkampfes von Interesse gewesen seien, sich auch nach seinem Amtsantritt als relevant bestätigt hätten. Vielerorts werde darüber nachgedacht und daran gearbeitet. Beim Sprachenkonzept sei es tatsächlich so, dass Monica Gschwind mit dem Bildungsrat die Standortbestimmung noch eingeleitet habe. Die Ergebnisse lägen nun vor und seien just heute Nachmittag dem Bildungsrat erstmals präsentiert worden. Im April werde es darum gehen, sich im Bildungsrat über das weitere Vorgehen zu einigen. Ein Ergebnis der Studie bestehe darin, dass der Startzeitpunkt des Unterrichts ein wesentlicher Faktor sei, aber nicht der einzige. Alle Bemühungen seien am Erfolg des Sprachunterrichts auszurichten. Dieser Erfolg sei aktuell nicht in genügendem Mass gegeben. Entsprechend müsse etwas verändert werden. Ein Patentrezept habe er derzeit aber noch nicht. Eine einzelne, isolierte Anpassung dürfte kaum den grossen Erfolg bringen und Veränderungen bei den Fremdsprachen in der Stundentafel hätten ja immer Auswirkungen auf alle anderen Fächer. Das Ziel sei ein besseres Resultat am Ende der Volksschule, aber man dürfe auch keine Schnellschüsse vornehmen, die dann ihrerseits schon kurze Zeit später wieder korrigiert werden müssten. Zudem wolle er Anpassungen mindestens in Absprache mit Basel-Stadt realisieren.

RvW ruft in Erinnerung, dass der LVB sich schon sehr früh kritisch gegenüber dem bestehenden Sprachenkonzept der EDK positioniert hatte, was auch in mehreren Mitgliederbefragungen bestätigt worden sei. Er fragt PL, ob er Anzeichen erkenne, dass sich in dieser Thematik endlich etwas in

eine Richtung zu bewegen beginne, die den Anliegen der LVB-Basis Rechnung trage.

PL zögert mit einer Antwort, bis er sich zur Aussage durchringt, er sei «vorsichtig optimistisch». Da springt ihm ME beiseite und führt aus, in der neuesten Ausgabe des «lvb inform» sei doch zu lesen gewesen, allein die Tatsache, dass alle Kandidierenden im Wahlkampf veränderungswillige Äusserungen zum Fremdsprachenunterricht getätigt hätten, sei ein positives Zeichen. PL bestätigt, dass man in der Politik jetzt Dinge äussern könne, für die man vor ein paar Jahren noch heftigst kritisiert worden wäre, was auch damit zusammenhänge, dass in diversen anderen Kantonen bereits Beschlüsse gefasst wurden, die einen Richtungswechsel markieren. Mit den Drohgebärden von Bundesrätin Baume-Schneider habe er grosse Mühe. Wer den Untergang der Schweiz herbeiredete, falls die Kinder später mit dem Französisch in der Schule begännen, sei auf dem Holzweg; würde das zutreffen, wäre das Tessin schon längst eine italienische Provinz, denn in der Deutschschweiz lerne man nicht ab der 3. Klasse Italienisch. Die Grundproblematik des Französischunterrichts auf der Primarstufe bestehe darin, dass keine der wichtigen Bedingungen erfüllt seien: Die Stundendotation sei zu niedrig, es gebe zu wenige qualifizierte Lehrpersonen und es fehle auch an Nachwuchs usw. Joscha Fischer habe recht gehabt mit der Aussage, wonach scheitere, wer das Wünschbare mit dem Machbaren verwechsle.

PL sei froh, wenn man die Thematik ganzheitlich anschau, wobei er gewisse Studienergebnisse attestiere, dass auch der Durchschnittsbürger auf der Strasse zu denselben Schlüssen gekommen wäre. Die Kernfragen blieben, woher man die geeigneten Lehrpersonen, die zielführenden Lehrmittel und die erforderliche Unterrichtszeit hernehmen wolle. Als er mit Unterrichten begonnen hatte, habe man auf der damals noch vierjährigen Sekundarstufe I bis zu fünf Wochenlektionen Französisch ge-

habt. Heute habe man während mehr Schuljahren viel weniger Intensität. Er warne davor, zu glauben, mit dem Verstellen einiger Schrauben würde alles gut. Er sei ausgebildeter Französischlehrer und ihm tue es leid um die schöne Sprache, deren Unterricht man schlicht an die Wand gefahren habe. Entscheidend sei allein, dass die Jugendlichen am Ende der Volksschule über passable Französisch-Kenntnisse verfügten. Neben den genannten Herausforderungen müsse auch die didaktische Ausbildung an der PH umgestellt werden, denn dort sei man noch immer der Auffassung, ihr Mehrsprachigkeits-Konzept sei der Weisheit letzter Schluss, obwohl dies im klaren Widerspruch zur Realität stehe.

Aus PL's Sicht müsse man mutig sein und sich eingestehen, die Primarstufe in den letzten Jahren überfrachtet zu haben. Man sei inhaltlich immer mehr in die Breite gegangen und gelange darum nirgends mehr in die Tiefe. Viele Grundlagen fehlten. Zudem müsse man zur Kenntnis nehmen, dass mittlerweile 37 % der Kinder in der Baselbieter Volksschule fremdsprachig seien, Tendenz steigend; 25 % der Jugendlichen könnten Ende Volksschule einfache Texte auf Deutsch nicht verstehen. Da müsse man schon priorisieren, was für die Integration in den Arbeitsmarkt und hinsichtlich gesellschaftlicher Teilhabe am wichtigsten sei.

ME unterstützt PL dahingehend, dass er das Argument des nationalen Zusammenhalts im Kontext des Startzeitpunkts des Fremdsprachenunterrichts auch nicht nachvollziehen könne. Entscheidend sei, er wiederhole sich, was am Ende der Volksschule beherrscht werde. Zudem sei der Französischunterricht mitnichten der einzige Ort, wo man an den Schulen den nationalen Zusammenhalt fördern könne. In der Schweiz bestehe eine einzigartige Chance in Gestalt von Austausch- und Begegnungsmöglichkeiten über die Sprachgrenzen hinweg. Ihm liege das Französisch auch am Herzen, er habe selbst in Lausanne studiert, nicht zuletzt, weil er



sich gegen Ende seiner Gymnasialzeit doch noch ein wenig für diese Sprache begeistern können.

RvW verknüpft die Fremdsprachenthematik in der Folge mit der rasanten Entwicklung von KI und stellt dem aufgrund seines beruflichen Hintergrunds sicherlich technologie-affinen ME die Frage, ob er glaube, dass in zehn bis fünfzehn Jahren Fremdsprachen an den Schulen überhaupt noch so gelehrt und gelernt würden wie heute oder ob dann sowieso alle einen Knopf im Ohr hätten, der alles, was man in verschiedenen Sprachen höre, simultan übersetze.

ME hält die Frage für legitim, allein schon, wenn man sich vor Augen führe, wie viel besser verschiedene Übersetzungs-Tools in den letzten paar Jahren geworden seien. Er kenne das aus dem geschäftlichen Umfeld, wo die Qualität der Übersetzungen auch bei präzisen Anforderungen mittlerweile gewaltig sei. Bei Übersetzungen von juristischen Verträgen mit KI komme man dem Ziel schon recht nahe, auch wenn es heute am Ende noch immer von Menschen überprüft werden müsse. Nicht nur hinsichtlich Sprachen, auch sonst werde KI der Bevölkerung Möglichkeiten verschaffen, die sie zuvor noch nie gehabt habe. Sicherlich werde diese Entwicklung auch Einfluss ausüben auf das Schulsystem und den Unterricht. Wo die

Reise genau hinführen werde, sei schwierig zu antizipieren, aber genau das werde zu den wichtigsten Aufgaben der Bildungspolitik gehören.

RvW reicht die Frage an PL weiter und möchte wissen, ob Fremdsprachen-Lehrpersonen schon Dinosaurier seien, die in absehbarer Zeit aussterben würden. PL's Tochter befinde ja aktuell im Studium zur Englisch-Lehrerin. RvW fragt sich, ob es diesen Beruf auf lange Sicht noch geben werde.

PL möchte differenzieren. Wenn man in ein englischsprachiges Gebiet reise, um jemanden zu treffen, dann werde man wohl auch in Zukunft noch miteinander kommunizieren wollen, ohne permanent auf Übersetzungen setzen zu müssen. Er stelle das jeweils fest, wenn er seine ehemalige Gastfamilie in England besuche, bei denen er in den 1990er Jahren sein Englisch verbessert hatte. Selbstverständlich unterhalte man sich auf Englisch, und wenn er und seine Frau sich zwischendurch auf Schweizerdeutsch unterhielten, würden sie beinahe als andere Menschen wahrgenommen. Gleichzeitig müsse man die Realitäten anerkennen. Auf LinkedIn habe er unlängst eine Antwort aus Peru auf Spanisch erhalten. Mit einem Klick habe er erfahren können, was die andere Person geschrieben habe. Betreffend Englisch habe er schon das Gefühl, dass viele Jugendliche diese



Sprache selbst beherrschen möchten, erst recht, wenn sie Filme und Serien auf Englisch konsumieren würden. Ob das für Französisch in vergleichbarem Masse gelte, sei zweifelhafter. KI sei da und schreite voran, es führe kein Weg daran vorbei. Das könne einem Sorgen bereiten, man könne aber auch die grossen Chancen darin erkennen. Er halte Prognosen für schwierig.

RvW gibt an, nun einen überleitungs-freien, abrupten Themenwechsel zu vollführen und fragt ME, ob er in seinem Büro eine Klimaanlage habe. Die Frage ruft einiges Gelächter hervor. ME verneint. RvW führt aus, dass bereits einige wärmere Tage hinter uns liegen und sich die Situation erfahrungsgemäss vor und nach den Sommerferien intensivieren werde, was zu unerträglichen Zuständen in vielen Schulzimmern führe. Gemäss Prognosen werde sich die Anzahl Hitzetage in den kommenden Jahrzehnten vervielfachen. Er möchte von ME wissen, wie er gedenke, den beschriebenen Zuständen an den Schulen Abhilfe schaffen zu wollen.

ME greift auf, was PL zuvor in einem anderen Zusammenhang gesagt hat-

te: Man müsse das Machbare vom Wünschbaren trennen und einen differenzierten Ansatz pflegen. Nicht in jedem Schulhaus seien alle Schulzimmer gleich erhitzt. Die gute Nachricht sei, dass mit dem Umbau der Energieversorgung Klimaanlage nicht mehr derart politisch tabuisiert seien wie noch vor wenigen Jahren. Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern würden heute um die Mittagszeit so viel Strom erzeugen, dass er gar nicht verbraucht werden könne. Auch darum dürfte es mittlerweile politisch opportuner sein, Klimaanlage für Schulen zu fordern. Das Klimaanlagen-Verbot im Kanton Baselland müsse in Frage gestellt werden. Die schlechte Nachricht sei, dass Infrastruktur-Massnahmen immer viel Zeit bräuchten. Es werde nicht möglich sein, auf das kommende Schuljahr hin flächendeckend alle Schulen mit Massnahmen abzudecken. Mit den bestehenden Mitteln gelte es, dort zielsicher zu investieren, wo eine Wirkung erzielt werden könne. ME hat den Eindruck, dass bei der Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD), welche die kantonalen Schulen verantworte, das Thema bei Neubauten sehr präsent sei. Die grosse Herausforderung bestehe im Hinblick auf bestehende Schulbau-

ten. Bei den Gemeinden sei die Problematik ebenfalls erkannt worden, womöglich könne man noch besser sensibilisieren dafür.

PL gibt an, in dieser Angelegenheit mehr als «vorsichtig optimistisch» zu sein. Politische Vorstösse hätten dazu geführt, dass bei Neubauten Kühlsysteme fest eingeplant würden und auch bei Sanierungen versuche man, entsprechende Wirkungen zu erzielen. Positiv stimme ihn das technische Knowhow von ME, der sich mit Fragen rund um Stromerzeugung und -nutzung auskenne. Wichtig sei, dass man nicht einfach zuwarten könne, bis sämtliche Schulhäuser einmal saniert würden, das dauere ja noch Jahrzehnte. Man müsse pragmatisch vorgehen. Temperaturmessungen seien bedeutsam, um die «Hotspots» zu eruieren und dann situativ die dringlichsten Massnahmen zu ergreifen. Was er einfach von der Politik und Verwaltung nicht mehr hören wolle und könne, seien sogenannte «kurzfristige Massnahmen» wie «in den Wald oder in den Keller gehen mit den Klassen». Bis er an seinem Arbeitsort mit einer Klasse den Wald erreichen würde, wäre die Hälfte der Klasse geschmolzen. Und im Keller habe es beim besten Willen doch nicht Platz für sämtliche Klassen eines Schulhauses. Anstelle solcher Empfehlungen wäre sogar Schweigen die bessere Wahl.

PL ist froh über die Unterstützung des Dachverbandes LCH in dieser Frage. An der kommenden Präsidienkonferenz LCH werde ein neues Positionspapier zum Hitzeschutz besprochen. Das erklärte Ziel sei, dass die arbeitsmedizinischen Qualitätsnormen des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) auch für Schulen gälten, also Temperaturen zwischen 21 und 23 Grad, Luftfeuchtigkeit zwischen 30 und 60 Prozent und weitere Elemente. Das brauche es in allen Schulen. Man könne es sich schlicht nicht leisten, wenn 20 Prozent der Unterrichtszeit durch die Hitze unwirksam bleibe. Bei 34 Grad im Zimmer könne man nicht mehr lernen. PL weist darauf hin, dass am Gymnasium Liestal ein Messraum eingerichtet wor-

den sei; man könne online den Verlauf von Temperatur und Luftfeuchtigkeit jederzeit verfolgen. Und eben: Im Winter werde auch nicht darüber diskutiert, ob man heizen solle. Dasselbe Verständnis brauche es betreffend Kühlung im Sommer.

RvW greift ein Thema aus dem Ressort «Beratung und Rechtshilfe» auf. Isabella Oser als Ressortleiterin habe oft mit Konflikten zwischen Lehrpersonen und Schulleitungsmitgliedern zu tun. ME habe im Wahlkampf die Bedeutung der Autonomie der einzelnen Schulleitungen herausgestrichen. Zudem sei ME selbst als Unternehmer tätig gewesen. RvW interessiere das Bild, das ME von Schulleitungen habe; ob diese aus seiner Sicht eher «Unternehmer» oder «Filialleiter» seien.

ME sagt, sie seien weder das eine noch das andere. Seine Wunschvorstellung wäre es, dass Schulleitungen noch mehr unternehmerisch tätig sein könnten – soweit möglich in einem kantonalen Schulsystem – und nicht pure Vollzugsstellen seien. Er habe das Thema «Autonomie» im Wahlkampf bewusst gewählt und es auch nicht allein auf die Schulen bezogen, es sei weit vielschichtiger. Er sei überzeugt davon, dass es eine gewisse Vielfalt brauche im Bildungssystem, auch wenn der Gedanke der Harmonisierung dem entgegenstehe. Innovationen entstünden immer durch Vielfalt und Freiräume; an den Universitäten etwa werde die Unabhängigkeit der Forschung betont hochgehalten, wider eine zu starke Einmischung durch die Politik. Er glaube, dass sich dies ein Stück weit auch auf das Schulsystem übertragen lasse.

Aus seiner eigenen Schulzeit seien ME jene Lehrpersonen in Erinnerung geblieben, die sich durch Begeisterung für die Materie und Leidenschaft zugunsten ihrer Fächer ausgezeichnet hätten. Diese Lehrpersonen seien keine reinen Konformisten gewesen, die lediglich etwas vollzogen hätten. Deswegen beginne Autonomie im schulischen Bereich für ihn bei der einzelnen Lehrperson; die geleitete Lehrmittelfreiheit sei dabei ein wichti-

ges Element. Das Ziel des wirksamen Unterrichts stehe im Vordergrund, der Weg dorthin dürfe aber nicht bis ins Detail vorgeschrieben werden. Auf der Ebene der einzelnen Schule bestehe über die Schulprogramme schon jetzt die Möglichkeit, gewisse Schwerpunkte zu betonen. Er mache sich Gedanken darüber, ob sich das noch etwas mehr ausbauen liesse. Und auch die Gemeinden sollten aus seiner Sicht einen gewissen Spielraum haben, um ihre jeweiligen Schulen so zu entwickeln, dass es den lokalen Bedürfnissen entspreche. Die Primarschule Lampenberg sei nicht dasselbe wie die Primarschule Allschwil. Er möchte ausloten, ob es gelinge, allen Stufen etwas mehr Freiheiten in ihrem eigenen Gestaltungsprozess zu verleihen, ohne die Bildungsqualität zu beeinträchtigen. Ein gemeinsames Projekt zu diesem Zweck, zusammen mit dem Verband der Baselbieter Gemeinden (VBLG), sei aufgegleist.

RvW meint, in diesem Saal dürfte der Prinzip der Freiräume für Lehrpersonen bei der Gestaltung ihres Unterrichts unbestritten sei. Hinsichtlich der Rolle der Schulleitungen dagegen sei mit einer weniger homogenen Haltung zu rechnen. Der LVB gerate oft dort in Konfliktfelder hinein, wo Schulleitungen das Prinzip der «Teilautonomie» in Richtung «Vollautonomie» umdeuteten. Er möchte von PL wissen, wo er die Grenzen der Teilautonomie innerhalb dieses öffentlichen, mit Steuergeldern finanzierten Schulsystems sehe.

PL stellt fest, dass in diesem Bereich wohl eingehende Diskussionen mit ME bevorstehen dürften. Auf der Ebene der Lehrpersonen sei man sich sicher einig. Authentisch und mit geeigneten Lehrmitteln unterrichten zu können, sei elementar. Der von ME beschriebene Spielraum der einzelnen Schulen könne sowohl positive als auch negative Folgen nach sich ziehen. Das Modewort «Innovation» alleine sage noch nichts über die damit verbundene Bildungs- und Lernwirksamkeit aus. Im Rückblick auf die Modeströmungen und Reformen der letzten Jahrzehnte stelle er fest, dass

diese der Stabilität und Wirksamkeit der Schulen vielfach nicht zuträglich gewesen seien. Aus PL's Sicht mache eine gute Schulleitung aus, dass sie den Überblick habe, gut organisieren und administriere, ein Gespür für Menschen – auch ganz verschiedene! – habe und mit diesen umgehen könne. Wer diese Anforderungen erfülle, sei in der Lage, eine Schule gut zu führen. Wenn man hingegen auf jeden Zug sofort aufspringe, voraussetze und dabei das Kollegium nicht mit- und ernst nehme, seien Spannungen und Konflikte unvermeidlich, die dann häufig beim LVB landeten.

Der LVB, so PL weiter, störe sich sehr daran, wie sich die Spitze des schweizerischen Schulleiterverbandes VSLCH gebärde. Mit markigen, plakativen Wordings wie «Fördern statt Filtern» werde die bestehende Schule schlechtgeredet, um eigenen Schulrevolutions-Fantasien Auftrieb zu verleihen. Die Deutungshoheit, die der VSLCH für sich in Anspruch nehme, erkenne der LVB nicht an. Inmitten dieser «Neomanie» gebe es konstante Werte, die man pflegen müsse, um auf dieser Basis Spielraum für Neues gewinnen zu können. Gewisse Grundlagen und eine echte Mitsprache der Lehrpersonen jedoch seien unverhandelbar. Mit der Einführung der Teilautonomie habe man den Schulleitungen sehr viel Macht zugesprochen und sogar noch das pädagogische Weisungsrecht hinterhergereicht. Gemäss LVB-Mitgliederbefragungen stelle diese Machtfülle respektive die damit verbundene Machtausübung einen Belastungsfaktor für viele Lehrpersonen dar. Im Sinne von Synergien brauche es in gewissen Bereichen klare Standards, die für alle Schulen gälten. Es mache keinen Sinn, wenn jede Schule über ihr Schulprogramm permanent zig verschiedene Themen beackere; das koste viel Geld an Sitzungszeit, oft ohne erkennbaren Mehrwert. Bei weitem nicht jede Art von «Schulentwicklung» sei wirksam, stattdessen werde den Lehrpersonen häufig Zeit und Energie entzogen. Daher müsse man genau hinsehen, wo Teilautonomie sinnvoll sei und wo nicht. In Richtung Vollautono-

mie wolle der LVB sicher nicht gehen, denn da seien am Ende angloamerikanische Verhältnisse zu befürchten.

RvW möchte noch kurz auf die Tertiärstufe zu sprechen kommen. Seit Jahren werde immer wieder über die Ausbildung künftiger Lehrpersonen an der PH FHNW geklagt, und dies mit wiederkehrenden Schwerpunkten wie Praxisferne der Dozierenden und entsprechender Theorielastigkeit. Trotz dieser Beschwerden habe man den Eindruck, es verändere sich nicht wirklich etwas. RvW möchte zunächst wissen, ob es rückblickend ein Fehler gewesen sei, die FHNW mit einer vierkantonalen Trägerschaft aufzubauen, weil sie dadurch politisch sehr schwer manövrierbar sei, da jeweils alle vier Trägerkantone einer Meinung sein müssen. Ob aus heutiger Sicht eine «PH Baselland» vielleicht die bessere Option gewesen wäre als die PH FHNW.

ME hält die Fragestellung für berechtigt. Auch er störe sich daran, wenn die periodischen Studierendenbefragungen die immer gleichen Problemfelder zu Tage förderten, wenn die PH FHNW im Vergleich zu anderen PHs schlechter abschneide oder FHNW-intern weit negativer beurteilt werde als die anderen Institute. Es gehe dabei schliesslich auch um die Reputation der FHNW als Gesamteinstitution. Die Nordwestschweizer Bildungsdirektoren seien in dieser Hinsicht sehr sensibilisiert und ein Austausch darüber finde statt; über die grundsätzlichen Anliegen bestehe durchaus Einigkeit. ME bestätigt, es sei schwierig, auf die PH FHNW einzuwirken, was aber weniger an der vierkantonalen Trägerschaft liege, sondern an der Herausforderung, einen direkten, echten Dialog mit der PH FHNW anstossen zu können, ohne jedes Mal über das Direktionspräsidium der FHNW gehen zu müssen. Da das Direktionspräsidium nun neu besetzt werde, wolle man diese Thematik schnellstmöglich mit der neuen Führung angehen. Überdies sei ihm zu Ohren gekommen, dass unklar sei, was mit Rückmeldungen an die Adresse der PH FHNW passiere – wenn

überhaupt. Diese Prozesse seien kritisch zu durchleuchten. Dennoch halte er es nicht für zweckdienlich, jeden einzelnen Schritt der PH FHNW zu verteufeln, sondern positive Aspekte ebenso hervorzuheben.

RvW erklärt, die LVB-Spitze sei seit vielen Jahren immer wieder in verschiedenen Austauschgremien unter Einbezug der PH FHNW-Direktion involviert, von Gründungsrektor Hermann Forneck über Sabina Larcher bis zum jetzigen Präsidenten Guido McCombie. Dennoch habe er den Eindruck, man drehe sich sehr stark im Kreis, was konkrete Forderungen des LVB betreffe, so etwa jene nach einer mehrjährigen, erfolgreichen schulpraktischen Erfahrung von Dozierenden für Fachdidaktik. Ob PL glaube, dass sich bei solchen Themen endlich etwas bewegen werde.

PL erläutert, im Zusammenhang mit dem Massnahmenpaket «Zukunft Volksschule» habe man bewusst Personen als Kursleitende gesucht, die nicht ausschliesslich Dozierende seien, sondern parallel auch selbst unterrichteten. Diese gebe es und bei solchen Personen seien die Rückmeldungen der Kursteilnehmenden oft positiv. Er erinnere sich mit Wehmut zurück an seine eigene fachdidaktische Ausbildung an der Universität Bern. Die dortigen Fachdidaktiker/-innen unterrichteten selbst. Dadurch lernte man fachdidaktische Konzepte kennen und konnte dann im Unterricht der Dozierenden anschauen, ausprobieren und überprüfen, ob sich diese Konzepte in der Realität bewährten. Dadurch hätten Dozierende auch nicht irgendetwas predigen können, was nicht funktionierte, andernfalls hätten sie sich vor den Studierenden blamiert. Für PL sei dies der wertvollste Teil seines gesamten Studiums gewesen. An der PH FHNW fehlten solche Personen.

PL nennt ein Beispiel: Der Verantwortliche für NMG auf der Stufe Primar habe gemäss Lebenslauf auf der Website der FHNW genau ein Jahr selbst unterrichtet und das Spezialgebiet seiner Forschungstätigkeit seien

«Männerfriedhöfe». (grosse Heiterkeit im Publikum) Und das sei nur einer von vielen. So etwas wäre doch in jedem anderen Beruf undenkbar! Ein Lehrmeister für angehende Automechaniker, der noch nie selbst einen Motor zerlegt habe – unmöglich! Und man erkenne diese Praxisferne auch, wenn man sich Forschungsprojekte der PH FHNW online anschau: Da würden reine Theoretiker den Praktikern den Unterricht erklären wollen. So gehe das einfach nicht. Es brauche wieder erfolgreiche Lehrerinnen und Lehrer, die sich zu Fachdidaktikern/-innen weiterbilden könnten. Theoretisch sei dies möglich, aber die Hürden seien sehr hoch. Und als der LVB mit dieser Forderung erstmals an die PH FHNW herangetreten sei, sei man regelrecht abgekanzelt worden im Sinne von: Man wolle nicht zurück zu einer «Meisterlehre». Die PH FHNW weigere sich auch, im ersten Studienjahr einen Kurs «Allgemeine Didaktik» anzubieten, was der LVB ebenfalls schon längere Zeit fordere. Dabei würde dies zum Kernauftrag der PH gehören, um angehende Lehrkräfte auf ihren späteren Beruf vorzubereiten. Das sei weit wichtiger als die gelebte Forschungsverliebtheit, erst recht bei Projekten, deren Nutzen für den Unterricht nicht erkennbar seien.

PL habe sich unlängst mit einem Innerschweizer Bildungsdirektor unterhalten und der habe ihm erzählt, die Direktionen der Innerschweizer PHs hätten sich zunächst einmal geweigert, überhaupt in einen Dialog mit den Bildungsdirektionen zu treten, was ihre Strategie und Arbeit betreffe. PL wertet dies als Zeichen von Abgehobenheit. Geärgert habe sich PL auch, als die PH FHNW behauptet habe, man könne die geforderte Praxiserfahrung ihrer Dozierenden gar nicht so genau erheben. Das sei doch Unsinn. Ein Blick in die Lebensläufe der Mitarbeitenden zeige sofort, über wie viele Jahre Unterrichtserfahrung sie verfügten.

Sodann möchte RvW von ME wissen, wie er reagieren würde, wenn eines seiner vier Kinder zu ihm käme und ihm mitteilen würde, es wolle Leh-

rerin oder Lehrer werden. Ob er dies eine gute Idee fände.

ME meint, er hielte dies für eine sehr gute Idee. Er kenne eine Familie, deren Vater früher als Sekundarlehrer im Aargau gearbeitet hatte; drei der vier Kinder seien Lehrpersonen geworden und das vierte Fachfrau Betreuung. Er erlebe den Austausch mit dieser Familie als sehr spannend. Von seinen eigenen Kindern habe keines diesen Weg eingeschlagen, dennoch halte er den Lehrberuf für eine interessante Berufswahl. Seitens der erwähnten Familie habe er zwar ebenfalls schon Kritik an der PH FHNW vernommen, es sei aber auch die Motivation für den Beruf spürbar, der weiterhin als erfüllend wahrgenommen werde. Er erlebe seine neue Aufgabe als Bildungsdirektor gleichermassen sinnstiftend, da es gelte, sich auf allen Stufen für unser Bildungssystem einzusetzen.

RvW beschreibt PL's Familie als echte «Lehrer-Dynastie». PL's Onkel war zufälligerweise RvW's Lieblingslehrer am Gymnasium gewesen – RvW und PL hatten sich damals noch nicht gekannt. Auch PL's Eltern waren Lehrpersonen gewesen, dazu mehrere Geschwister und auch die Tochter befindet sich in der Ausbildung. Wie er das eigentlich wahrnehme, dass fast seine gesamte Familie in diesem Berufsfeld gelandet sei.

PL meint scherzhaft, er hoffe, dass nicht auch noch sein Sohn Lehrer werden wolle. Als Jugendlicher habe PL, gerade weil so viele in der Familie unterrichteten, immer gesagt, er werde bestimmt nicht auch Lehrer. Ingenieur hätte ihn interessiert, aber dafür sei er in Mathematik zu wenig stark gewesen. Dann habe er nach der Matura eine siebenwöchige Stellvertretung im Schulhaus seines Vaters übernommen und jeden Abend gemeinsam mit dem Vater den Unterricht vorbereitet. So habe es ihn dann doch auch in die Pädagogik hineingezogen. Das Ganze habe durchaus Vorteile: Bei Familientreffen sei von der Kindergartenlehrerin bis zum Universitätsprofessor die gesamte Palette



Zum Abschied wurde der neue Bildungsdirektor mit edlen Tropfen beschenkt.

© Julian Loretz

vertreten, was spannende Diskussionen hervorbringe.

Zu guter Letzt stellt RvW ME eine Frage, die man eigentlich gar nicht stellen dürfe – er tue dies aber doch. Durch den Rücktritt Isaac Rebers komme es im Juni bereits zu einer neuerlichen Ersatzwahl in den Baselbieter Regierungsrat. Als Ingenieur könnte man sich ME natürlich sehr gut als BUD-Vorsteher vorstellen, zudem sei für einen FDP-Vertreter die Finanzdirektion doch immer auch ein Thema. Ob ME ausschliessen könne, die BKSD bereits in seinem ersten Amtsjahr wieder zu verlassen.

ME sagt, eine politische Karriere lasse sich nicht planen, sie sei vielen Unwägbarkeiten unterworfen. Vor einem Jahr hätte er nicht gedacht, nun als Bildungsdirektor hier zu stehen. Eine absolute Aussage sei daher nicht sinnvoll. Er könne jedoch festhalten, dass die Übernahme einer Direktion immer mit einer Lernkurve verbunden sei. Er habe in seinen ersten 77 Tagen unheimlich viele Menschen kennengelernt. Inhaltlich investiere man viel Zeit, um den Durchblick zu erlangen bei den verschiedenen Themen. Vor diesem Hintergrund halte er es für unwahrscheinlich, sich nach nur neun Monaten wieder in einen neuen derartigen Prozess hineinzustürzen, das würde den bereits geleiste-

ten Initialaufwand und die investierte Energie ein Stück weit in Frage stellen. Er schätze die Wahrscheinlichkeit, der BKSD erhalten zu bleiben, als gross ein.

RvW lädt die Anwesenden zu folgendem Gedankenspiel ein: An der letzten DV wurde Monica Gschwind verabschiedet, an der heutigen werde ME willkommen geheissen, an der nächsten würde ME verabschiedet und an der übernächsten schon wieder ME's Nachfolger(-in) begrüsst ... Ganz ehrlich: Das wäre nicht RvW's Wunschscenario.

RvW bedankt sich ganz herzlich bei ME für seinen Antrittsbesuch beim LVB und bei PL für das Mittun auf dem Podium. Die Anwesenden spenden einen lang anhaltenden Applaus, währenddem ME zwei Präsente überreicht werden.

PL verleiht im Sinne der Kontinuität seiner Hoffnung auf ein Verbleiben ME's im Amt Ausdruck, bevor er auf eine Werbeaktion der Zurich Versicherungen aufmerksam macht, verbunden mit dem Hinweis, dass Zurich Versicherungen sich mit einem schönen Beitrag am nachfolgenden Apéro beteilige. PL schliesst die Versammlung und lädt zu ebendiesem Apéro im Foyer ein.